

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke,
Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/4799 –**

EU-Lateinamerika-Gipfel – Beziehungen auf gegenseitigem Respekt begründen

A. Problem

Die Antragsteller stellen heraus, dass das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und der Staatengemeinschaft Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) im Juni 2015 zu einem Zeitpunkt stattfindet, wo die sozialen Errungenschaften in einigen lateinamerikanischen Ländern unter Druck geraten seien. Dabei werde vielerorts verkannt, dass gerade dort, wo Regierungen die Dogmen neoliberaler Wirtschaftspolitik hinter sich gelassen und stattdessen auf die Stärkung des Staates, die Ausweitung sozialer Programme und auf antizyklische Konjunkturförderung gesetzt hätten, große Fortschritte in der Armutsbekämpfung und bei der Verringerung sozialer Ungleichheit erreicht worden seien.

Im Gegenzug sei zu konstatieren, dass von dem 7. Gipfel der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) im April 2015, wo es zu einer historischen Annäherung zwischen den USA und Kuba gekommen sei, ein starkes Signal ausgegangen sei, dass Hoffnung auf neue, von gegenseitigem Respekt geprägte Beziehungen zwischen den USA und den Staaten Lateinamerikas mache.

Beide Aspekte gelte es im Verhältnis der Europäischen Union und Deutschlands zu Kuba und zu den lateinamerikanischen Staaten zu verknüpfen, um zu einer vertieften Zusammenarbeit zu gelangen, insbesondere um die entwicklungspolitischen Potentiale, die in trilateralen Kooperationsprojekten liegen würden, zu nutzen.

Die neue Lateinamerika-Strategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) werde nach Auffassung der Antragsteller diesen aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen nicht gerecht. So würden die regionalen Integrationsprozesse im Rahmen des Handelsabkommens ALBA (Bolivarianische Allianz), des Südamerikanischen Staatenbundes UNASUR oder des kontinentalen Bündnisses CELAC (Staatengemeinschaft Lateinamerikas und der Karibik) überhaupt nicht berücksichtigt. Ebenso wenig würden in der BMZ-Strategie die lateinamerikanischen Staaten bei der Stärkung von überregionalen Süd-Süd-Kooperationen eine Rolle spielen, etwa in der Staatengruppe G77. Stattdessen setze

die Bundesregierung auf alte Konzepte wie öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), auch in Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Ernährungssicherung, Gesundheit und Bildung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsgrund

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/4799 abzulehnen.

Berlin, den 20. Mai 2015

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Stefan Rebmann
Vorsitzender

Waldemar Westermayer
Berichtersteller

Dr. Sascha Raabe
Berichtersteller

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Uwe Kekeritz
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Waldemar Westermayer, Dr. Sascha Raabe, Heike Hänsel und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die **Vorlage auf Drucksache 18/4799** in seiner 103. Sitzung am 07.05.2015 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag fordern die Antragsteller die Bundesregierung dazu auf, den EU-CELAC-Gipfel für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika zu nutzen.

Dazu gehöre zum einen, dass sich die Bundesregierung gegen den Abschluss des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens (TTIP) zwischen der EU und den USA ausspreche. Zum anderen gehe es bei der Neuausrichtung darum, dass die Erfahrungen lateinamerikanischer Länder bei der Armutsbekämpfung und bei der Verringerung der sozialen Ungleichheit einbezogen werden. Ergänzend dazu soll die EU-LAC-Stiftung damit beauftragt werden, die Potentiale und Anknüpfungspunkte alternativer Handelsabkommen wie ALBA zu untersuchen. Darauf aufbauend soll die Lateinamerika-Strategie der Bundesregierung überarbeitet werden.

Wesentlicher Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen dieser Neuausrichtung müsse es sein, die Kapazitäten staatlicher Träger der Daseinsvorsorge und den Transfer von Know-how und Technologie im Bereich des Klima- und Umweltschutzes zu verstärken.

Darüber hinaus müsse auch die Rolle deutscher Unternehmen bei der Missachtung von Menschenrechten in Lateinamerika thematisiert werden.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, sich außenpolitisch gegenüber den USA für eine Rücknahme von Sanktionen gegen Venezuela auszusprechen und zugleich die Annäherung zwischen der EU und Kuba aktiv zu unterstützen. Im Bereich der nationalen Zuständigkeiten sollen Vorstellungen für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Kuba sowohl bilateral als auch trilateral formuliert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage 18/4799 in seiner 41. Sitzung am 20.05.2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage 18/4799 in seiner 36. Sitzung am 20.05.2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage 18/4799 in seiner 35. Sitzung am 20.05.2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begründet ihren Antrag damit, dass es auf diesem EU-Lateinamerika-Gipfel darum gehen müsse, dass Europa mit den Staaten Lateinamerikas endlich auf gleicher Augenhöhe verhandle. Darüber hinaus müsse sich Europa dafür öffnen, auch von Lateinamerika lernen zu wollen. Hier gebe es viele gute

Ansätze in Richtung auf mehr soziale Gleichheit, und insofern eine echte Alternative zu dem bisher dominierenden neoliberalen Prinzip der offenen Märkte, was man bereits in der Debatte über die Handelsabkommen moniert habe. Das gelte auch für die „road map“ mit Kolumbien und Peru, in der beispielsweise soziale Standards keine Rolle spielen würden. Im Bereich der Klimapolitik gebe es den interessanten Vorschlag des Präsidenten von Ecuador, eine Steuer auf Erdöl zu erheben, die in einen von der OPEC verwalteten Fonds fließen solle. Daraus sollten dann nachhaltige Energieprojekte und auch soziale Projekte gefördert werden. Schließlich müsse auch das Verhältnis Deutschlands zu Kuba auf den Prüfstand, um den aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** konzidiert, dass sie einigen Punkten der Antragsteller zustimmen könne. Mehrheitlich seien die Forderungen aber nicht zielführend. So werde beispielsweise erneut die Ablehnung von TTIP gefordert. Man selbst habe mehrfach klargestellt, dass TTIP auch für die Entwicklungs- und Schwellenländer positive Aspekte beinhalte. Der EU-Lateinamerika-Gipfel sei eine gute Gelegenheit, Dialogstrukturen und Bündnisstrukturen zu stärken und neue, biregionale Abkommen abzuschließen. Vor allem gelte es, vorhandene Defizite in der Bekämpfung von Armut, Korruption und Kriminalität sowie beim Schutz der Menschenrechte auszumachen und entsprechende Kompensationsmaßnahmen zu vereinbaren.

Die **Fraktion der SPD** räumt ein, dass es im vorliegenden Antrag Positionen und Forderungen gebe, die man durchaus teile. Man werde den Antrag aber trotzdem ablehnen, weil nach wie vor eine zu unkritische Haltung zu Kuba und Venezuela hinsichtlich der dortigen Verletzung von Menschenrechten eingenommen werde, der man nicht zustimmen könne. Während man bei Kuba aufgrund der aktuellen Entwicklungen noch eine Tendenz zum Positiven erkennen könne, müsse man im Falle von Venezuela eher von einer Tendenz zum Schlechteren reden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, sie teile die Kritik der Fraktion der SPD. Die erzielten Erfolge einiger Staaten in Lateinamerika würden zu unkritisch betrachtet. Zudem werde ausgeklammert, dass die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Regionen auf einem Extraktivismus beruhten, der keineswegs nachhaltig sei. Deshalb werde man den Antrag zwar nicht ablehnen, sich aber enthalten.

Berlin, den 20. Mai 2015

Waldemar Westermayer
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

